



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

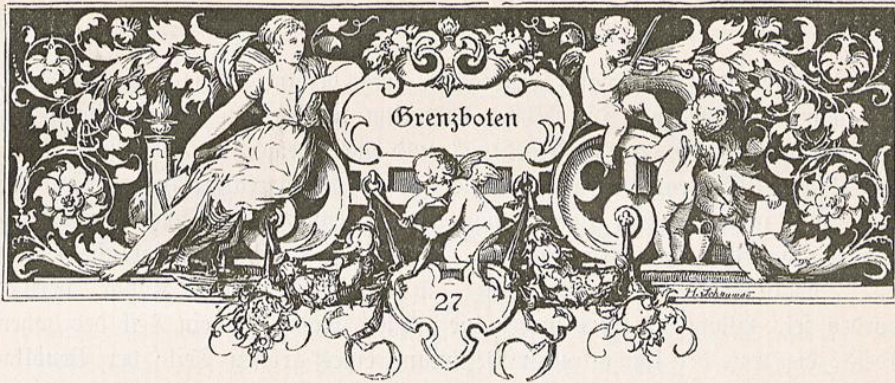
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Ohne Ideale

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Ohne Ideale



Was sind politische Parteien? Die einen sagen, daß sie auf der Verdichtung politischer Theorien beruhen, die andern, daß sich in ihnen die Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen abspiegelten und sich ihre parlamentarische Vertretung schafften. In Wahrheit ist das zweite die Hauptsache und das erste nebensächlich, oder beides fällt vielmehr im Grunde zusammen, denn die politischen Theorien werden niemals aus der Luft gegriffen, sie sind abhängig von der Zeit und der Umgebung, sind die Niederschläge beider. Selbst Platos „Staat,“ der so ganz auf philosophischen Konstruktionen zu beruhen scheint, wird mit seiner Herrschaft der „Philosophen,“ d. h. einer Aristokratie der Bildung, wie sie der moderne Beamtenstaat thatsächlich ist oder wenigstens sein will, nur erklärlich aus dem leidenschaftlichen Widerwillen, den der Philosoph gegen die athenische Demokratie empfand, und Rousseau hat seine grundstürzenden Theorien aus den thatsächlichen Verhältnissen kleiner schweizerischer Demokratien abstrahirt. Jedenfalls haben bestimmte Bevölkerungsgruppen niemals andern politischen Theorien gehuldigt, als solchen, die ihrem Interesse entsprachen, und praktische Bedeutung, Einfluß auf die Politik haben derartige Theorien überhaupt kaum vor dem siebzehnten Jahrhundert gewonnen. In England verfochten die Tories das historische Königtum von Gottes Gnaden, das die von ihm ausgegangnen Rechte des Parlaments nach Belieben erweitern oder verringern könne. Die Tories aber waren so ziemlich gleichbedeutend mit dem kleinen Landadel, dem das Überwuchern der städtischen Gewerbe mit ihren Folgen, den fortgesetzten Handelskriegen, zuwider war, und ihre Anschauungen deckten sich mit den Bedürfnissen des Königtums, wie sie Karl der Erste auffaßte, der nicht deshalb fiel, weil er Unrecht hatte, sondern deshalb Unrecht behielt, weil er fiel. Denn die englische Revolution, aus der schließ-

lich die Parlamentsherrschaft hervorging, war beiläufig gesagt eine Macht-, aber keine Rechtsfrage. Die Whigs wiederum konstruieren sich ein Recht auf Revolution, das die „große Rebellion“ und die sogenannte „glorreiche Revolution“ von 1688 (an der dieser Name wohl das glorreichste ist) rechtfertigen sollte, und zwar aus der Theorie von der Entstehung des Staats durch Vertrag zwischen dem Herrscher und dem Volke, dessen Rechtsverbindlichkeit aufhöre, sobald er von der einen Seite, in diesem Falle vom König, verletzt worden sei. Whigistisch aber waren die großen Städte und ein Teil des hohen Adels, die trotz der königstreuen Gesinnung eines großen Teils der Bevölkerung die „glorreiche Revolution“ machten, weil ihnen an der Behauptung ihrer parlamentarischen Rechte, d. h. ihrer Macht, alles lag. Welchen verhängnisvollen Einfluß die radikal-demokratischen Theorien Rousseaus auf den Gang der französischen Revolution gehabt haben, ist bekannt, aber sie würden ihn niemals geübt haben, wenn sie nicht den Interessen des großstädtischen Proletariats entsprochen hätten. In Deutschland gewannen politische Theorien erst in diesem Jahrhundert praktische Bedeutung, namentlich seit dem Einbruche des französischen Liberalismus in den dreißiger Jahren; aber auch hier wurzeln die Parteien, die sich allmählich gebildet haben, weniger in bestimmten Theorien, als in den Interessen der einzelnen Gesellschaftsgruppen. Die Konservativen vertreten im ganzen die Elemente einer ältern Kultur, also das platte Land, Adel und Bauern mit ihren landwirtschaftlichen Interessen, und das städtische Handwerk, die Liberalen der verschiedenen Schattierungen die neu aufkommende Kulturmacht des Bürgertums oder vielmehr seine kapitalistischen und industriellen obern Schichten, die Sozialdemokraten die städtische Arbeiterbevölkerung. Nur die Ultramontanen wissen die verschiedensten Elemente in Stadt und Land unter einem Banner zu vereinigen. Ähnliche Gruppen sind im christlichen Europa immer vorhanden gewesen. Im frühern Mittelalter stand das ultramontane Papsttum mit einem Teil des Alerus gegen das deutsche Königtum, d. h. den deutschen Staat, in den spätern Jahrhunderten der Adel gegen die Städte, und in den Städten die Handwerker gegen die Großhändler. Damals wurde der Kampf oft mit den Waffen in der Hand geführt; heute, wo die staatliche Souveränität allein das Waffenrecht übt, sind die alten Gegensätze zu parlamentarischen Parteien abgestumpft.

Allerdings haben alle diese Parteien in der Neuzeit immer bestimmte allgemeine Ziele, Theorien, Ideale auf ihr Banner geschrieben, was ihnen im Mittelalter nicht einfiel, und sie thun es noch. Dabei sind aber mehrere von ihnen allmählich in eine gewisse Verlegenheit geraten. Denn wenn man fragt, welche Parteien heute noch wirklich volkstümliche, die Massen bewegende und beherrschende Ideale haben, gleichviel ob ihre Verwirklichung im allgemeinen wünschenswert ist oder nicht, so können darauf leider eigentlich nur noch zwei im vollsten Sinne Anspruch erheben, nämlich die Ultramontanen und die

Sozialdemokraten. Die Ultramontanen erstreben kurz und gut die Verwirklichung des mittelalterlichen Ideals, wie es zuerst Gregor der Siebente aufgestellt hat, die Freiheit der Kirche von aller Staatsgewalt, also die Herrschaft der Kirche über das gesamte geistige Leben und damit auch über den Staat. Ihre Stärke beruht nicht bloß in der straffen Ordnung der katholischen Hierarchie, sondern auch in der innern Folgerichtigkeit des Gedankens und in der uralten Kulturbedeutung der Kirche, die dem Volke, und vor allem dem katholischen Volke, weil sie sein geistiges Leben beherrscht, seine sittlich-religiösen Bedürfnisse befriedigt, ihm in tausend Nöten hilfreich entgegenkommt, doch immer viel näher steht, als der ewig heischende oder verbietende moderne Staat, der als solcher ein persönliches Verhältnis zwischen seinen Vertretern, den Beamten, und den Unterthanen gar nicht aufkommen lassen darf und seine Fürsorge dem Volke immer nur mittelbar angedeihen läßt. Daß die Verwirklichung des ultramontanen Ideals diesen modernen Staat auflösen und insbesondere die konfessionell gespaltne deutsche Nation zerstören müßte, kümmert die Partei natürlich nicht, denn die römische Kirche ist zu allen Zeiten gegen die Nationalität an sich und gegen die Form des Staats als untergeordnete Dinge gleichgiltig gewesen und hat sich mit jeder zu stellen gewußt, wie jetzt ihr Verhalten zur französischen Republik besonders schlagend zeigt. Wie die Sozialdemokraten ihren Zukunftsstaat im einzelnen einrichten würden, das verschweigen sie klüglich, weil sie es selbst noch nicht wissen, aber ihre Ideale: Aufhebung des Privateigentums, Kollektivproduktion und Verteilung des Arbeitsertrages unter die arbeitenden Genossen, haben deshalb für die Massen etwas so bestechendes, weil sie allen Nöten der Gegenwart ein Ende zu machen und den Besitzlosen, also der Mehrheit, ein bessres materielles Los zu sichern versprechen, nachdem durch die Zerstörung des Glaubens an eine sittliche Weltordnung und an ein Jenseits der irdische Genuß als Ziel des Daseins hingestellt worden ist. In diesen atheistischen Grundsätzen liegt einerseits ihre Stärke, weil sie die Bestie im Menschen entfesselt, ihn von jedem sittlichen und religiösen Bedenken befreit, also unter Umständen zu rücksichtslosen Gewaltthaten befähigt, andererseits ihre größte Schwäche. Denn jede zügellose Selbstsucht zerstört sich selbst, und eine Staatsordnung, die sich auf die Begehrlichkeit gründet, kann sich nur durch den härtesten Zwang behaupten, trägt also den Keim des Untergangs in sich.

Ungünstiger stehen die Konservativen, und sie standen noch ungünstiger, so lange sie sich lediglich verteidigungsweise verhielten. Sie waren lange Gegner jener Einigung Deutschlands, die sich unter Bismarcks Leitung vollzog, und gelten daher mit Recht für grundsätzliche Partikularisten. Jetzt haben sie diese Gegnerschaft längst aufgegeben und sind zu entschiednen Anhängern der neuen Ordnung geworden. Aber sie betrachten die föderative Grundlage der Reichsverfassung als etwas gegebenes, unantastbares und wollen sie nicht

zu Gunsten einer zentralisierenden Richtung erschüttert oder verändert wissen. Sie wollen weiter die historische Grundlage des deutschen Staatslebens behaupten oder wieder zur Geltung bringen; daher wollen sie eine starke, also keine parlamentarische Monarchie, die Erhaltung oder Wiederherstellung eines leistungsfähigen mittlern und kleinen Grundbesitzes und eines bürgerlichen Mittelstandes. Sie bekämpfen also das Übergewicht des großstädtischen Kapitalismus und Industrialismus, in dem die Macht des Judentums wurzelt, und sie erstreben endlich die Wiederbelebung einer positiven christlichen Weltanschauung gegenüber dem leichten Atheismus und Materialismus, der die „Gebildeten“ in weiten Kreisen ergriffen hat. Das sind Ideale, denen der gegenwärtige Zustand wenig entspricht, und eben weil der Konservatismus wieder Ideale hat, ist er fähig geworden, zum Angriff überzugehen. Es wird darauf ankommen, ob er für diese tief einschneidenden Gedanken die Massen derer gewinnen kann, die sie im stillen teilen, weil sie ihren Lebensbedürfnissen entsprechen. Freilich verfügen die Konservativen weder über die straffe Organisation, wie sie den Ultramontanen die kirchliche Hierarchie zur Verfügung stellt, noch über die blendenden Schlagworte der Sozialdemokratie, und deshalb wird es ihnen immer schwer werden, auf die Massen zu wirken.

So stehen jetzt in Deutschland drei große Parteien neben einander und gegen einander, die jede ihre Ideale hat, für die sich ihren Anhängern zu streiten lohnt, die deshalb eine gewinnende, fortreizende Kraft haben.

Wie steht es in dieser Beziehung mit dem Liberalismus? Seinem Ursprunge nach beruht er auf jenem französisch-englischen Naturrecht, das ein für alle Völker, Zeiten und Kulturstufen giltiges absolutes Recht aufzustellen wählte. Er hat deshalb immer etwas doktrinäres behalten. Er konstruiert sich zunächst ein souveränes Volk, dessen einzelne Mitglieder durch Bildung zu möglichst gleichmäßiger Teilnahme am Staate heranzuziehen seien, was freilich bei der modernen, von hundert Gegensätzen zerklüfteten Gesellschaft ganz unausführbar ist; er verlangt die ausgedehnteste Selbstverwaltung der kleinen Kreise innerhalb des Staats, obwohl diese dem demokratischen Prinzip schon deshalb ganz und gar widerspricht, weil jede Selbstverwaltung notwendig aristokratisch ist; er will den „reinen“ Parlamentarismus, d. h. die Herrschaft der jeweiligen Mehrheit in der Volksvertretung, der notwendig zur Republik führt, weil sie den Monarchen zur entbehrlichen Puppe dieser Mehrheit macht. Er versieht in wirtschaftlichen Dingen den ungebundensten Individualismus, das laissez-faire, d. h. das Recht des Stärkern und damit den wirtschaftlichen Krieg aller gegen alle, und er ist endlich religiös gleichgültig, schwärmt allenfalls für eine vage Religion der „Humanität,“ die auf eine flache Moralphilosophie hinausläuft und wohl für eine kleine Anzahl von Gebildeten eine notdürftige Stütze bietet, aber den Massen gegenüber völlig wirkungslos bleibt. Nicht als ob diese Sätze in irgend einem der liberalen

Programme vollständig oder in scharfer Ausprägung vorhanden wären, aber sie liegen bewußt oder unbewußt dem Liberalismus zu Grunde. Sein Sitz ist von jeher in dem gebildeten und besitzenden Bürgertum gewesen, denn seinen Bedürfnissen kam der Liberalismus entgegen. Es erstrebte ja eben die Befreiung von der unerträglich gewordenen Bevormundung der Bürokratie, daher Selbstverwaltung, Anteil an der Staatsverwaltung und freie wirtschaftliche Bewegung, und es sah in den Formen und Glaubenssätzen der Kirchen etwas veraltetes, der fortgeschrittenen „Bildung“ widersprechendes. Es sei ferne, diesem bürgerlichen Liberalismus seine großen Verdienste um unsere innere Entwicklung absprechen zu wollen. Für große Fragen der auswärtigen Politik hat er zwar niemals wirkliches Verständnis gezeigt, aber er hat in einer Zeit, wo Konservatismus und Partikularismus gleichbedeutend waren, die nationale Idee auf sein Banner geschrieben und lange Jahre hindurch die parlamentarische Grundlage gebildet, ohne die eine Neugestaltung Deutschlands unmöglich gewesen wäre. Er hat auch schon früher die Befreiung der Volkswirtschaft von veralteten Fesseln herbeigeführt, er hat an der Errichtung der konstitutionellen Staatsform den hauptsächlichsten Anteil und hat die städtische Verwaltung reorganisiert, die als sein eigenstes Gebiet naturgemäß in seinen Händen geblieben ist und wohl die bedeutendste praktische Leistung des Liberalismus bildet, obwohl die in dem Wesen jeder kollegialischen Verwaltung liegenden Schwächen, namentlich die persönliche Unverantwortlichkeit des einzelnen, der sich immer mit einer Mehrheit decken kann, bei ihr ebenso gut hervortreten, wie bei jeder andern Verwaltung ähnlicher Art.

Es ist wesentlich der gemäßigte Liberalismus gewesen, der sich dieser Leistungen rühmen darf, indem er seine Ziele oft mehr nach Zweckmäßigkeitsrückfichten als nach Prinzipien bestimmte und die sogenannten freiheitlichen Gesichtspunkte in entscheidenden Fragen hinter die nationalen zurückschob, d. h. das Vaterland über die Partei stellte. Dagegen haben die „entschiednen“ Liberalen, die jetzt den edeln Namen des „Freisinns“ im Wappenschilder führen, allerdings seit fünfundzwanzig Jahren an ihrem Parteikatechismus „unentwegt“ festgehalten, aber, indem sie „voll und ganz“ die „echtliberalen“ Grundsätze verfochten, so ziemlich gegen alle Organisationsgesetze des Reiches gestimmt und endlich den großen Baumeister des Reiches mit kleinlicher Gehässigkeit und schändem Undank zu verunglimpfen zur Schande Deutschlands nicht aufgehört.

So sind die ehemaligen Ideale des Liberalismus gegenwärtig entweder verwirklicht, oder so weit sie es nicht sind, sind sie der Verwirklichung nicht wert; sie würden uns vielmehr, wenn sie verwirklicht würden, nur ins Verderben führen. Das haben die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte deutlich gezeigt. Der sogenannte „reine“ Parlamentarismus, dem selbst nationalliberale Blätter noch gelegentlich verstoßene Liebesblicke zuwerfen, ist durch die Praxis der damit beglückten Länder so gründlich widerlegt worden, wie selten ein poli-

tisches System. Eine verständigere Zukunft wird es dereinst für eine kindische Thorheit halten, daß jetzt eine zufällige Mehrheit von ein paar Stimmen in irgend einer vielleicht ganz untergeordneten Frage genügt, das jeweilige Ministerium zu stürzen und unter Umständen eine schwere Krisis heraufzubeschwören, eine Thorheit, die dem berüchtigten polnischen *liberum veto* nicht viel nachsteht, die jede Regierung zur Sklavin einer bunt zusammengewürfelten, unter sich häufig zwiespältigen und zu jeder positiven Schöpfung unfähigen Mehrheit macht und jede Stetigkeit der innern und äußern Politik aufhebt, und ebensowenig wird man es dann begreifen, daß der rücksichtslose Despotismus und die schamlose Selbstsucht der herrschenden Partei, wie sie in Nordamerika erscheinen, einmal für „Freiheit“ gelten konnten. Diesem System gilt die Regierung für die beste, die am besten zu gehorchen versteht, d. h. die schwächste, eine Regierung also, die am wenigsten eine wahre Regierung ist. Greift dann einmal in einem verzweifelten Falle der Monarch ganz persönlich ein, um dem verbotenen Unfug zu steuern, wie jetzt in Griechenland, das sich bekanntlich des reinsten Parlamentarismus erfreut und bei jedem Ministerwechsel sämtliche Beamten wechselt bis zum Nachtwächter hinunter, dann schütteln die weisen Thebaner bedeutungsvoll die Köpfe über dieses „verfassungswidrige“ Beginnen und prophezeien ein Unheil, das merkwürdigerweise nie eintritt. *Fiat justitia, pereat mundus*. Der Staat mag zu Grunde gehen, wenn nur der „reine“ Parlamentarismus gerettet wird. Wenn sich dieser Parlamentarismus in England bis auf weiteres ohne großen Schaden behauptet hat, so verdankt er das noch mehr als dem lange bewahrten aristokratischen Charakter der großen Parteien und der massiven Selbstsucht des englischen Volkes der insularen Lage des Landes, die es von der Notwendigkeit, eine angestrenzte, schwierige europäische Politik zu führen, entbindet. Eben deshalb hätte dies Vorbild für festländische Staaten niemals maßgebend sein dürfen, nur die bare Gedankenlosigkeit hat es dazu gemacht.

Noch viel schlimmer als mit dem Parlamentarismus ist die Welt mit dem wirtschaftlichen Liberalismus gefahren. Es ist ja nicht wahr, daß wirtschaftliche Fragen mit dem Wesen politischer Parteien nichts zu thun hätten; das gerade Gegenteil ist der Fall. Vielleicht ist es gleichgültig, ob sich ein Konservativer zum Freihandel oder zum Schutzzoll bekennt, denn dabei handelt sich überhaupt nicht um prinzipielle, sondern um rein praktische Fragen, die heute so und morgen anders beantwortet werden können. Aber ob jemand dem manchesterlichen Gehenlassen huldigt, oder ob er der Ansicht ist, daß es die Aufgabe des Staates sei, die wirtschaftlich Schwachen vor Unterdrückung und Untergang zu schützen, das ist für seine politische Parteistellung entscheidend. Das manchesterliche Ideal insbesondere hängt mit dem naturrechtlichen Individualismus des Liberalismus aufs engste zusammen, es ist die wirtschaftliche Folgerung aus ihm. Wer diesem liberalen Ideal wirklich treu

bleiben will, der kann gar nicht für irgendwelche Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit des einzelnen eintreten, der muß die wirtschaftlichen Verhältnisse dem „freien Spiel der Kräfte,“ dem wechselnden Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage überlassen. Schon die annähernde Verwirklichung dieses Ideals, wie sie in dem „glücklichen“ England eingetreten ist, hat unermessliches Unheil über die Welt gebracht. Sie hat die ganze alte Organisation der Arbeit zerstört, ohne eine neue an die Stelle zu setzen, sie hat die arbeitende Gesellschaft in lauter Einzelwesen aufgelöst, die sich zur weitaus größeren Hälfte der Freiheit erfreuen, zu hungern, und zur andern sehr viel kleinern Hälfte der angenehmen Freiheit, sich von der Arbeit der andern zu bereichern; es hat den in dieser unvollkommenen Welt nun einmal unvermeidlichen Gegensatz zwischen reich und arm furchtbar gesteigert und die arbeitende Menschheit in zwei schroff getrennte Kasten, die Arbeitgeber und die Arbeiter oder, wie man jetzt sagt, „Arbeitnehmer,“ geschieden. Und da sollen wir in andern Ländern, wo dies „Ideal“ noch nicht so vollständig verwirklicht ist, wie in England, es noch als ein Ideal gelten lassen und seine Verwirklichung erstreben? Das könnte nur die Selbstsucht oder der Unverstand wollen. Für Unbefangene ist dieses Ideal abgethan und tot.

Der religiöse Liberalismus endlich ist das Kind jener deistischen „Aufklärung“ des vorigen Jahrhunderts, die den Unterschied der Konfessionen und Religionen als einen überwundenen Standpunkt betrachtete und nur noch an den Begriffen Gott, Tugend, Unsterblichkeit festhielt. Die edelste poetische Verkörperung dieser Anschauungen ist bekanntlich Lessings „Nathan,“ und unsre ganze klassische Litteratur steht auf diesem Standpunkte. Sie wollte damit eine Aristokratie der Bildung schaffen, die sich aus Bekennern oder vielmehr Angehörigen der verschiedenen Konfessionen zusammensetzte und die reine Humanität als das Ideal des gebildeten Mannes feierte, und hat sie geschaffen. Ihr verdanken wir Deutschen, daß die konfessionellen Gegensätze, unter denen wir mehr gelitten haben als jedes andre Volk, zurücktraten, und daß der nationale Gedanke möglich wurde. Aber jene ganze Richtung hat doch übersehen, daß sie schlechterdings nur für eine kleine Minderheit brauchbar war, der die wirkliche Not des Lebens fern lag. Für die materielle und sittliche Not der Massen hat sie wenig Sinn gehabt, und wer dürfte heute behaupten, daß die Anschauungen unsrer klassischen Dichter ins Volk gedrungen seien? Im vollen Sinne des Wortes vollstümlich ist diese Litteratur niemals gewesen, sie wollte es nicht sein, und sie wird es nie sein. Wenn nur die Mehrzahl der Gebildeten noch jene Ideale wirklich hätte! Aber sie sind weit entfernt davon. Der religiöse Liberalismus unsrer Tage ist zwar ein Abkömmling jener Aufklärung, aber ein recht entarteter Sprößling. Er hat mit keiner Mutter nur noch die Gleichgiltigkeit gegen den positiven Glauben, aber keineswegs mehr ihre Ideale gemein, er ist pessimistisch und materialistisch,

d. h. atheistisch geworden. Davans fließt einerseits eine bedenkliche Abschwächung des Gefühls der sittlichen Verantwortlichkeit, da dies im vollen Sinne nur der haben kann, der an eine sittliche Weltordnung glaubt, andererseits eine ungesunde Überschätzung des irdischen Daseins, das ja für den Materialisten und Atheisten gleichbedeutend ist mit dem Dasein überhaupt. Aus jener ergibt sich die schreckliche Zunahme der Selbstmorde, da man zu feige ist, das Unglück zu ertragen oder eine Schuld ehrlich zu sühnen, aus beiden die weiche Humanitätsduselei, die unsere Strafgesetzgebung und noch mehr unsere Strafrechtspflege ergriffen hat. Hatte jene in der für Deutschland zum Glück wieder rückgängig gemachten Abschaffung der Todesstrafe ihren Höhepunkt erreicht, so behandelt diese den Verbrecher nur zu oft als unglückliches Opfer der „Verhältnisse,“ oder wohl gar als einen Helden, oder am liebsten als einen geistig gestörten Menschen, den man allenfalls ins Irrenhaus, aber nicht ins Zuchthaus sperren dürfe, und bekämpft die wachsende Roheit mit kurzen Freiheitsstrafen, die zuweilen geradezu als Prämie für das Vergehen erscheint. Von der gedankenlosen Genußsucht vieler „Gebildeten“ wollen wir gar nicht reden, denn diese ist wohl nicht schlimmer, als sie zu andern Zeiten gewesen ist. Mögen nun die schlimmen Folgen des religiösen Liberalismus bei den Gebildeten äußerlich noch weniger hervortreten, bei den städtischen Arbeitermassen hat er alle Grundlagen der Religion und der Sittlichkeit zerstört, sie zur Sozialdemokratie getrieben, sie zu Todfeinden der Ordnung, die sie umgiebt, zu zivilisirten Barbaren gemacht. Wollten wir dieser Richtung weiter folgen, so würden wir mit sehenden Augen in den Abgrund rennen. Auch das religiös-sittliche Ideal des Liberalismus, womit man ja nicht die Duldsamkeit der Bekenntnisse unter einander verwechseln möge, ist tot.

Und damit ist das Urteil über den ganzen Liberalismus als politisches, wirtschaftliches und religiöses Prinzip gesprochen. Er hat seiner Zeit geleistet, was er leisten sollte und leisten konnte, aber heute sind seine Ideale, weil sie entweder im Laufe der Entwicklung verwirklicht oder in ihrer Verderblichkeit erwiesen worden sind, keine Ideale mehr, und eine Partei, die keine Ideale mehr hat, ist selber tot, sie erliegt wie jede geschichtliche Erscheinung dem Gesetze des historischen Undanks. Die üppigsten Redeergüsse der Parteifeste können darüber eben so wenig täuschen wie etwaige künftige Wahlsiege der Linksliberalen. Sene eröffnen, trotz der üblichen Selbstbespiegelung, kaum noch einen Ausblick in die Zukunft, sondern nur noch Rückblicke in eine (für die Partei) bessere Vergangenheit, und neue Wahlsiege der „Freisinnigen“ würden nur beweisen, daß die Zahl gedankenloser Gewohnheitsmenschen, blinder Egoisten und unbelehrbarer Prinzipienreiter im lieben Deutschland noch groß ist.

Aber wenn die alten Ideale des Liberalismus für die Gegenwart nichts mehr bedeuten, wird nun etwa das gebildete und besitzende Bürgertum, das sein Träger gewesen ist, aus der Zahl der politischen Mächte ausscheiden?

Ganz gewiß nicht, denn es bildet einen sehr bedeutenden Bruchteil unsrer Gesellschaft und wird und muß daher als die Vertretung des beweglichen Vermögens und bestimmter hochbedeutender Berufsarten in den parlamentarischen Körperschaften nach wie vor seine Bedürfnisse zur Geltung bringen. Aber es wird künftighin weder die rein politische noch die wirtschaftliche Entwicklung in dem Grade beherrschen, wie es ihm jahrzehntelang möglich gewesen ist, so lange, als es die wesentlichste Stütze des nationalen Gedankens abgab und die nichtbürgerlichen Elemente unsers Volkes sich jenem Gedanken noch versagten, es wird auf die lange festgehaltne Einbildung verzichten müssen, daß es mit dem „Volke“ zusammenfalle. Einen maßgebenden Einfluß, einen Einfluß, wie er seiner materiellen und geistigen Kraft entspricht, wird es nur dann wieder gewinnen können, wenn es sich neue Ideale schafft an Stelle der erfüllten oder abgelebten.



## Soldatenmißhandlungen



o oft sich der Reichstag mit der Beratung des Militärhaushalts beschäftigt, bringen Deutschfreisinnige und Sozialdemokraten Soldatenmißhandlungen zur Sprache. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade diese Reichstagsverhandlungen im Auslande und hauptsächlich bei unsern westlichen Nachbarn mit Behagen gelesen und als Beweise für deutsche Barbarei ausgenutzt werden. Mancher Elsässer und Lothringer wandert dann nach Frankreich und erduldet in der Fremdenlegion in Afrika und in Asien in Tongking eine Behandlung, gegen die unsre Militärzucht selbst da, wo sie sich im Übereifer bis zu dem juristischen Begriff der Mißhandlung steigert, ein Kinderspiel ist. Man lese doch nur die Berichte von Fremdenlegionären, deren die letzten Jahre eine ganze Anzahl gebracht haben, um sich über die dort dienstlich verhängten Strafen zu unterrichten, und man wird einsehen, daß die Behandlung, die dem Soldaten in deutschen Heere zuteil wird, durchaus human ist, soweit sie sich in den gesetzlich vorgeschriebnen Grenzen hält. Unsre Militärstrafgesetzgebung und unsre Disziplinarstrafordnung braucht den Vergleich mit keiner gesetzlichen Bestimmung der Art in andern Staaten zu scheuen. Die rücksichtslosen Anzuspungen, denen die Vertreter unsers Heerwesens im Reichstage gerade in dieser Richtung ausgesetzt sind, müssen im Auslande den Gedanken erwecken, als wären unsre Strafbestimmungen mangelhaft, soweit sie sich auf Verhütung von Mißhandlungen beziehen, oder vielmehr als wäre die gesetzlich vorgeschriebne Behandlung unsrer Soldaten eine grausame. Und doch ist das keineswegs der Fall.